

16.07.2007

Die taz druckte gestern **Bodo Zeuners** Rede des Abschieds vom **Otto-Suhr-Institut** ab.

Titel: Das Programm Selbstverblödung

Der Titel ist Programm. Der Text ist eine einzige scharfzüngige Abrechnung mit der Ökonomisierung des Bildungswesens. Er beschreibt die ideale Universität als Teil des Gemeinwesens. Hier habe ein Paradigmenwechsel stattgefunden:

Eine Universität nach dem Modell des Privatunternehmens hingegen wird ihre Tätigkeiten dem Markterfolg unterordnen. Interner Streit mag noch stattfinden, aber er wird durch den Vorrang des Markterfolgs entsubstanzialisiert. Grundlagenforschung? Studienziel kritische Kompetenz? Frauenförderung? – Schon recht, solange der Markt es nicht bestraft! Eine Universität als Gemeinwesen hingegen hat die Orchideenfächer, die Grundlagenforscher und die Systemkritiker wegen ihres Eigenwerts für die Wissenschaft zu fördern. Das "Unternehmen Hochschule", für das die FU Berlin stolz voranschreitet, bricht also nicht nur mit den früheren Strukturmodellen, sondern ist darüber hinaus ein Versuch, sich den Anforderungen zu entziehen, die sich an die Universität als ein Gemeinwesen stellen.

Er beschreibt den Wandel der Universitäten, auch die Autoritätsverlagerung von der Politik zu Think Tanks wie der **Bertelsmann-Stiftung**, aber auch die Schuld seiner eigenen Generation an dieser Misere. Er sieht die Wissenschaft an sich durch die Entwicklungen der letzten Jahre in Frage gestellt:

Es geht bei diesen Reformen nicht nur um Verwaltungsfragen, es geht um den Charakter der Wissenschaft. Sie kann sich nicht völlig den Schuh- oder Automobilproduzenten angleichen, denn sie unterliegt dem Wahrheitskriterium, während Schuhe und Autos nur nützlich sein müssen. Die Bindung an das Streben nach Wahrheit macht den spezifischen Gebrauchswert der Wissenschaft aus und verleiht ihren Produkten Würde und Autorität. Und sie erst begründet das Grundrecht auf Wissenschaftsfreiheit.

Das Programm Selbstverblödung

Mit BODO ZEUNER tritt einer der letzten Professoren des Berliner Otto-Suhr-Instituts aus der 68er-Bewegung ab. In seiner Abschiedsvorlesung formuliert er scharfe Kritik am Strukturwandel der Universitäten. VON BODO ZEUNER



Die FU Berlin - Hier haben die 68er den Marktradikalen das Feld überlassen Bild: dpa

Im November vergangenen Jahres wurde die Freie Universität Berlin vom Wirtschaftsmagazin Karriere und dem Prognos-Institut zur "unternehmerischsten Hochschule" des Landes gekürt, weil sie mehr denn jede andere "nicht verwaltet, sondern gemanagt" werde und am stärksten nach finanzieller Unabhängigkeit von staatlichen Stellen strebe. Dieter Lenzen, der Präsident der FU, durfte sich darüber freuen, dass sein "Kurs zur unternehmerischen Gestaltung der Universität gerade in Zeiten knapper Kassen Bestätigung" finde.

Präsident Lenzen ist nicht nur eine Art Chefmanager, er ist auch Fördermitglied der vom Arbeitgeberverband Gesamtmetall finanzierten "Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft", eines neoliberalen Think-Tanks, der öffentliche Diskurse steuert und an einer ideologischen Deutungshoheit im Sinne seiner Auftraggeber arbeitet. Nach traditionellen Maßstäben müsste sich jeder, der in den Verdacht gerät, die Wissenschaft in den Dienst eines solchen Propagandaapparats zu stellen, für das Amt eines Universitätspräsidenten disqualifizieren. Herr Lenzen aber ist ein ehrenwerter Mann, in diesem Jahr wurde er mit wenigen Gegenstimmen wiedergewählt. Das zeigt einen Normwandel hinsichtlich dessen an, was Universität sein und wozu sie dienen soll.

Das Ziel dieses Wandels ist es, Hochschulen zu schaffen, die privat nutzbare und auf dem Markt veräußerbare Waren produzieren. Also werden die Studierenden zu Kunden umdefiniert, die verwendbare Qualifikationen und entsprechende Zertifikate nachfragen und diese mit Studiengebühren bezahlen. Auch die Gewinnung wissenschaftlicher Erkenntnisse orientiert sich an der zahlungskräftigen Nachfrage, im Wesentlichen "der Wirtschaft" und "der öffentlichen Hand". Schließlich wird die staatliche Aufsicht privatisiert, indem etwa in Nordrhein-Westfalen das Centrum für Hochschulentwicklung der Bertelsmann-Stiftung ein "Hochschulfreiheitsgesetz" konzipiert und zugleich vom "Innovationsminister" Andreas Pinkwart (FDP) mit der "Umsetzung" dieser "Hochschulfreiheit" beauftragt wird. Begleitet wird diese "Reform" von der Konstruktion eines nationalen und globalen Systems der marktförmigen Konkurrenz, etwa durch den hierzulande seit zwei Jahren inszenierten "Exzellenzwettbewerb", ein ruinöses Rennen um das künstlich verknappte Gut "Exzellenz" und den Titel "Eliteuniversität", der von der Unterfinanzierung der wissenschaftlichen Forschung ablenken soll.

Der Witz bei dieser Marktunterwerfung ist, dass sie selbst dann funktioniert, wenn kein realer Markt existiert, auf dem Güter und Dienstleistungen gegen Geld getauscht werden. Eine Industrie von Ranking- und Evaluierungsfirmen versucht, einen Markt zu simulieren, auf dem die einzelnen Universitäten erbittert und besinnungslos um Anteile und Positionen kämpfen.

Umgewandelt wird auch die Binnenstruktur. Ich spreche von "Unternehmerisierung" und nicht von "Verbetriebswirtschaftlichung", denn gegen gute Betriebsführung wäre nichts einzuwenden. Wie miserabel es um die Betriebsführung der FU Berlin bestellt ist, hat nicht erst die Einführung des Registrierungssystems "Campus Management" gezeigt. Dass sie trotzdem zur "unternehmerischsten Hochschule" ernannt wird, verdankt sie allein dem Umstand, dass sie sich der Unternehmerisierung besonders verschrieben hat.

Was das neue Leitbild "Unternehmen Hochschule" bedeutet, lässt sich gut am Vergleich mit den vorangegangenen Modellen zeigen. Die Humboldtsche Gelehrtenrepublik war getragen vom Vertrauen in eine Wissenschaft, die ihren Wert in sich trägt, die Forschung und Lehre miteinander verknüpft und damit den Professoren eine allein durch die dienstrechtliche Aufsicht des Staates eingeschränkte Autonomie garantierte. Die gegen den "Muff unter den Talaren" erkämpfte Gruppenuniversität beschneidet die Privilegien der selbstherrlichen Professoren durch die Mitbestimmung der wissenschaftlichen Mitarbeiter und der Studierenden, behielt aber die professionelle und fachliche Autonomie bei.

Das "Unternehmen Hochschule" koppelt die Produktion von Wissenschaft und die Ausbildung an den Markterfolg und übernimmt die Struktur eines Unternehmens.

Ein Instrument dieser - am Hochschulgesetz vorbei durchgeführten "Reform" - ist eine "Doppelstruktur", wie sie an der FU unter Präsident Lenzen etabliert wurde. Dort existiere seit vier Jahren, heißt es in dem Papier "FU-Zukunftskonzept 2007", das er im Mai vorlegte, "neben der Struktur der für die akademischen Angelegenheiten, insbesondere die Lehre, zuständigen Fachbereichsstruktur eine Clusterstruktur der Forschungsschwerpunkte". Darin obliege die "Organisation des Prozesses" einer "Stabsgruppe des Präsidenten", die zudem für die Evaluation zuständig sei.

Mit dieser zweiten Struktur wird nicht nur die Einheit von Forschung und Lehre aufgekündigt, sie entzieht sich zugleich der akademischen Selbstverwaltung. Stattdessen wird die FU vom präsidentialen Chefmanager und einem von ihm eingesetzten "Stab" aus auswärtigen Kommissaren geführt. Das entspricht den Vorstellungen der Präsidentin der Hochschulrektorenkonferenz, Margret Wintermantel, die "eine umfassende Entscheidungsbefugnis" für das "Leitungspersonal" fordert und die Gremien der akademischen Selbstverwaltung auf Beratung und Kontrolle beschränkt wissen möchte. Gremien ohne Entscheidungsbefugnisse aber verdienen nicht mehr den Namen "Selbstverwaltung". Sie wird ersetzt durch die Diktatur des Managements.

Gewiss ist "Diktatur" ein böser Vorwurf. Das gilt allerdings nur, wenn von Politik, vom Gemeinwesen, die Rede ist. Wirtschaftsunternehmen wird gewöhnlich keine diktatorische Verfassung vorgeworfen. Nur wer den Wirtschaftsbetrieb nicht nur als Veranstaltung zur Profitmaximierung der Kapitaleigner versteht, sondern auch als Gemeinwesen, kann den Gegenbegriff zur Diktatur - die "Demokratie" - in die Debatte einführen. Nun klingt der Begriff "Gemeinwesen" selbst in der Politikwissenschaft etwas altmodisch. Dennoch finde ich ihn nützlich, weil er den Unterschied zum privaten Wirtschaftsunternehmen deutlich macht. Dessen oberstes Ziel ist, seine Produkte zu verkaufen und dadurch Gewinne zu erzielen. Ein Gemeinwesen hingegen produziert öffentliche Güter oder erbringt Leistungen, die dem Gemeinwohl, dem Wohl größerer und kleinerer Personengruppen dienen.

Was als Gemeinwohl und als öffentliches Gut verstanden wird, ist in einem Gemeinwesen für gewöhnlich unter den Beteiligten umstritten. Deshalb zeichnet es sich durch eine politische Struktur aus, die es ermöglicht, unterschiedliche Vorstellungen diskursiv zu klären und verbindliche Entscheidungen zu treffen, die die unterschiedlichen Wertorientierungen und Interessen anerkennen. Eine Universität, die sich als Gemeinwesen versteht, wird sich einem öffentlichen Auftrag verpflichtet fühlen und sich über den Inhalt dieses Auftrags streiten: Mehr Leistungsdruck oder mehr Entwicklungsmöglichkeiten für die Studierenden? Mehr Qualifikation zu kritischem Denken oder mehr Anpassung an das Beschäftigungssystem? Mehr Grundlagen- oder mehr Anwendungsforschung? Solche Fragen wird die Universität nicht allein entscheiden dürfen, sondern dem Staat als Ausdruck des die ganze Gesellschaft umfassenden Gemeinwesens einbeziehen müssen.

Eine Universität nach dem Modell des Privatunternehmens hingegen wird ihre Tätigkeiten dem Markterfolg unterordnen. Interner Streit mag noch stattfinden, aber er wird durch den Vorrang des Markterfolgs entsubstanzielliert. Grundlagenforschung? Studienziel kritische Kompetenz? Frauenförderung? - Schon recht, solange der Markt es nicht bestraft! Eine Universität als Gemeinwesen hingegen hat die Orchideenfächer, die Grundlagenforscher und die Systemkritiker wegen ihres Eigenwerts für die Wissenschaft zu fördern. Das "Unternehmen Hochschule", für das die FU Berlin stolz voranschreitet, bricht also nicht nur mit den früheren Strukturmodellen, sondern ist darüber hinaus ein Versuch, sich den Anforderungen zu entziehen, die sich an die Universität als ein Gemeinwesen stellen.

Es war die Berliner Politikwissenschaft, das Otto-Suhr-Institut, das im Jahr 1968 als erste universitäre Einrichtung in Deutschland die Mitbestimmung einführte. Zugleich wurde in der Institutssatzung notiert: "Das Institut untersucht in Forschung und Lehre die Gestaltung des öffentlichen Lebens unter empirisch-analytischen und normativen Aspekten; es erarbeitet damit die Voraussetzungen für die Erweiterung von Freiheit und Selbstbestimmung in allen Bereichen der Gesellschaft." Heute bescheinigt selbst Herr Lenzen dem Otto-Suhr-Institut im Hinblick auf die Werbung von Drittmitteln, die Absolventenzahlen und die Promotionen die "beste Performance" aller Fächer der FU. Allerdings stand bei diesen Indikatoren OSI schon lange vor den New-Management-Reformen relativ gut da. Das aber hat damit zu tun, dass sich am OSI ein dem Gemeinwesens verpflichteter wissenschaftlicher Ethos

lange erhalten hat. Lenzen und die Seinen stehen für den marktradikalen Bruch mit diesem Ethos. "Ich kann nur hoffen", sagte er zu Beginn des "Exzellenzwettbewerbs", dass wir nicht noch einmal in eine Grundsatzdebatte über die Funktion der Hochschulen hineingezogen werden. Wir müssen in den nächsten zwei Jahren alle Kräfte auf den Exzellenzwettbewerb konzentrieren. Daher kann ich nur appellieren, das Thema ein für alle Mal zu beenden und die Wettbewerbsfähigkeit der Berliner Universitäten nicht weiter zu gefährden." Dies aber ist nicht weniger als ein Angriff auf intellektuelle Selbstreflexion, auf kritische Wissenschaft überhaupt. Selbstreflexion, Selbstzweifel gar, gefährdet die Marktchancen des Unternehmens. Deshalb möchte Lenzen solche Grundsatzdebatten unterbinden, und zwar "ein für alle Mal". Warum? Weil die Konkurrenz ewig weitergehen wird. Schon vor sechs Jahren haben kluge Beobachter der französischen Szene diese Haltung als "Anwachsen eines wahrhaftigen Antiintellektualismus" unter Akademikern und Professoren beschrieben.

Alle Maßnahmen zur Entmachtung der demokratisch gewählten Gremien wurden von ihnen selbst beschlossen. Sie waren wohl davon überzeugt, dass "mehr Warenproduktion, mehr Wettbewerb, mehr Herrschaft des Managements" besser sei als ihre eigene Mitbestimmung. Insofern gibt es Parallelen zu Deutschland im Jahre 1933, als sich die Demokratie selbst abschaffte, weil die Demokraten zu schwach waren und sich die öffentliche Stimmung gegen die Demokratie richtete. Nicht die Folgen, wohl aber die Mechanismen der Nichtverteidigung der Demokratie, der Abdankung von Selbst- und Mitbestimmung aus Karrieregründen und Charakterlosigkeit, sind ähnlich. Ich meine diesen Vergleich auch selbstkritisch: Wir, meine Generation von Wissenschaftlern, von 68ern, haben es nicht geschafft, die demokratische Universität, die wir schon erkämpft zu haben glaubten, zu bewahren. Wenn ich der Humboldtschen Professorenrepublik vorwerfe, sich widerstandslos oder gar bereitwillig dem Nationalsozialismus an den Hals geworfen zu haben, werfe ich der von meiner Generation bestimmten Gruppenuniversität vor, sich in den Neunzigerjahren widerstandslos ihrer Unternehmersierung gebeugt zu haben.

Freilich birgt diese innere Widersprüche: Eine Wissenschaftsproduktion etwa, die das Streben nach Wahrheit dem Markterfolg unterordnet, könnte ihren eigenen Gebrauchswert ruinieren, wie die Abdrängung der professionellen Autonomie Kreativität und Produktivität gefährden könnte. Die Agenturen des Controllings, Monitorings etc. könnten sich selbst als überwachungs- und regulierungsbedürftig erweisen. Auch könnte es sein, dass es nicht alle Dekane als Ehre betrachten, wie ein Bereichsleiter bei Mercedes behandelt zu werden. Studierende schließlich, die für eine schlechte Lehre bezahlen müssen, könnten darauf mit einer größeren Wut reagieren. Das bietet zwar Anlass, das Funktionieren des Projekts zu bezweifeln, doch wäre es voreilig, aus den Widersprüchen die Hoffnung auf eine demokratische und wissenschaftsgerechte Umkehrung abzuleiten.

Denn zum einen drängen die Widersprüche nicht alle in dieselbe Richtung. Studierende etwa, die sich darüber empören, zu wenig Karrieretaugliches zu lernen, werden deshalb nicht mehr kritische Wissenschaft fordern, sondern eine noch marktgerechtere Ausbildung. Zweitens kann das System darauf verweisen, dass alle Unzulänglichkeiten durch noch mehr Wettbewerb, Kundenorientierung und Management behoben werden könnten. Das Scheitern der ersten "Reform" gebiert die nächste, wie es überhaupt ein Kennzeichen der marktradikalen Ideologie ist, dass sie auf den empirischen Beweis ihres Versagens mit der Forderung nach "noch mehr Markt" reagiert. Drittens wäre es falsch, dem Wissenschaftssystem ein besonders kräftiges Widerstandspotenzial zu unterstellen. Und selbst wenn die Widersprüche zu Widerstand führen sollten, könnte sich die Umstrukturierung als unumkehrbar erweisen.

Dagegen spricht, dass man einmal getroffene politische Entscheidungen erneut zur Debatte stellen kann. Schließlich geht es in der Bildungspolitik in besonderer Weise um Subjektives, um Wissen, Denken, Überzeugungen. Es kommt also darauf an, wer die Deutungshoheit hat. Schließlich wurde die neoliberale Deutungshoheit erst in den Achtzigerjahren errungen, zuvor betrachteten auch die Konservativen die Wissenschaft als öffentliches Gut - und versuchten, es gegen eine vermeintliche Eroberung von links zu verteidigen.

Ein weiteres Ziel des Programms zur Ökonomisierung der Wissenschaft scheint mir zu sein, die Studentinnen und Studenten, dieses in jeder Gesellschaft immer wieder nachwachsende Potenzial an

Kritik und zuweilen auch an Rebellion, dauerhaft karrieristisch ruhigzustellen. Da die Nachfrage nach akademischer Qualifikation im Beschäftigungssystem prinzipiell nicht vorhersagbar ist, lässt sich auch die karrieristische Kalmierung nicht reibungslos planen. Sie wird auch darum nicht gelingen, weil die Studierenden, jedenfalls in den Wissenschaften, deren Aneignung nur mit selbstständigem Denken der Lernenden funktionieren kann, nicht daran zu hindern sind, über gesetzte Grenzen hinauszudenken. Gleichwohl wird mit dem Ziel studiert, die eigenen Berufs- und Karrierechancen zu verbessern. Mag das bei den Studierenden noch zu einem ambivalenten Selbst- und Lebensverständnis von einerseits Altruismus/Solidarität und andererseits individuellem Karrierestreben führen, ist bei ihren akademischen Lehrern diese Ambivalenz fast immer zugunsten der Karriere aufgelöst. Bei den

Universitätswissenschaftlern besteht eine strukturbedingte Unfähigkeit zu solidarischem Handeln. Ihnen wird im Zuge ihres Aufstiegs Konkurrenz ansozialisiert. Die Regel unter ihnen sind nichtsolidarische Gruppenzusammenschlüsse prekärer Art, nämlich Seilschaften und Zitierkartelle. Und wer siegreich aus diesem Kampf hervorgegangen ist, wird das Konkurrenzsystem für gerecht, und, wenn er besonders bequem denkt, sogar für "objektiv" halten. In der Wissenschaft aufgestiegene Menschen sind daher im Allgemeinen sozial viel dümmer als etwa Fabrikarbeiter, die durch Erfahrung lernen, dass es ihnen schlechter geht, wenn sie nur für sich ihr Glück versuchen.

Es ist nicht unmöglich, dass sich Wissenschaftler solidarisch verhalten, es ist eben nur im geringen Maße wahrscheinlich. Diese Wahrscheinlichkeit steigt, wenn Solidarität als soziale Norm auch in anderen gesellschaftlichen Bereichen wieder an Geltung gewinnt. Und wenn Wissenschaftler, die wissen, dass jede Gesellschaft Solidarität braucht, diese Einsicht auf sich selbst beziehen; wenn die Studierenden sich dagegen wehren, in eine brutale Konkurrenz getrieben zu werden, und am Anspruch einer universal-menschenrechtlich ausgerichteten Solidarität festhalten. Doch der Kampf gegen die marktradikale Deutungshoheit kann weder allein an der Universität noch in einem Land allein geführt werden.

Es geht bei diesen Reformen nicht nur um Verwaltungsfragen, es geht um den Charakter der Wissenschaft. Sie kann sich nicht völlig den Schuh- oder Automobilproduzenten angleichen, denn sie unterliegt dem Wahrheitskriterium, während Schuhe und Autos nur nützlich sein müssen. Die Bindung an das Streben nach Wahrheit macht den spezifischen Gebrauchswert der Wissenschaft aus und verleiht ihren Produkten Würde und Autorität. Und sie erst begründet das Grundrecht auf Wissenschaftsfreiheit.